

Rente

13.11.14

Rentenangleichung: Offene Baustelle

Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund fordert von der Politik "Lösungspfad".

Würzburg (dpa/sth). 25 Jahre nach dem Fall der Mauer kommt die angestrebte Rentenangleichung in Ost- und Westdeutschland nur schleppend voran. Ohne Einschnitte für viele Rentner im Osten oder zusätzliche Milliardensummen dürfte sie kaum gelingen. Das machte der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, Axel Reimann, am Mittwoch vor Journalisten in Würzburg deutlich. Reimann mahnte die Bundesregierung zu klaren Aussagen, wie die Rentenangleichung erreicht werden soll: "Das Ziel ist nicht klar beschrieben."

Zwar sehe der schwarz-rote Koalitionsvertrag eine völlige Angleichung der Rentenwerte zum Ende des Solidarpakts 2019 vor. Doch dies dürfte kaum automatisch durch eine weitere Angleichung der Löhne geschehen. Eine Angleichung des für die Rente zentralen Lohnniveaus in Ost- und Westdeutschland sei demnächst nicht zu erwarten, sagte Reimann. Deshalb müsse geklärt werden, ob die für die Rente maßgeblichen Rechengrößen tatsächlich angeglichen und wie gegebenenfalls zusätzliche Kosten geschultert werden sollen.

Reimann fordert "definierten Lösungspfad"

Reimann ist diplomatisches Formulieren gewohnt - dafür war schon ziemlich klar, was er der Bundesregierung nun auf den Weg gab. "Realistische Vorstellungen" mahnte er an, einen "definierten Lösungspfad" und Klarheit, was unter einer Rentenangleichung eigentlich genau zu verstehen ist. Denn Deutschland ist auch 25 Jahre nach dem Mauerfall bei der Rente noch immer zweigeteilt. 1.287,45 Euro beträgt die Standardrente im Westen - nur 1.187,55 im Osten. Viele der vier Millionen Ruheständler zwischen Rügen und Erzgebirge fühlen sich benachteiligt.

Nicht unbedingt immer zu Recht, wie Reimann deutlich machte. Zwar ist der Rentenwert - quasi die monatliche Rente für ein Jahr Beschäftigung mit Durchschnittsentgelt - im Osten geringer. Doch die zugrundeliegenden Ostlöhne und -gehälter werden für die Rente um derzeit 18,7 Prozent aufgewertet. Versicherte in den neuen Ländern kommen bei gleichem Entgelt und gleicher Beitragszahlung derzeit damit auf einen fast zehn Prozent höheren Rentenanspruch als Versicherte in den alten Ländern. Bekommt jemand das westliche Jahresdurchschnittsentgelt von 34.857 Euro brutto, ergibt sich in den alten Ländern eine Monatsrente für ein Jahr Beschäftigung von 28,60 Euro, im Osten aber von 31,30 Euro. Reimann: "Auf Dauer erscheint dies schwer vertretbar."

Lücke dürfte sich auch durch Mindestlohn kaum schließen

Nun haben sich frühere Hoffnungen nicht erfüllt, dass sich die für die Rente maßgeblichen Löhne im Osten im Durchschnitt denen im Westen angleichen. Hier klafft eine Lücke von mehr als 15 Prozent. Der 2015 startende Mindestlohn dürfte diese Lücke zwar verringern, aber wohl kaum schließen. Deshalb muss eine rechnerische Aufwertung der Löhne für Ostrentner vorerst voraussichtlich bleiben, soll es für sie keine Einschnitte geben. Solche dürfte die Politik aus Furcht vor dem Zorn der Wähler im Osten auf jeden Fall vermeiden wollen.

Was ist also zu tun? Die Linkspartei fordert seit längerem, den Rentenwert Ost

umgehend an den West-Wert anzugleichen, die Lohn-Aufwertung aber beizubehalten. Kostenpunkt laut Reimann: 4,3 Milliarden Euro pro Jahr. Auch das erscheint wenig realistisch - angesichts der geringen Neigung der Regierung, zusätzliche Steuermilliarden auszugeben oder die Beitragszahler mehr zu belasten. Um die Ost-Renten auszahlen zu können, fließen bereits jährlich knapp 15 Milliarden Euro von den alten in die neuen Länder.

Reimann zweifelt volle Rentenangleichung bis 2020 an

Angesichts dieser Probleme pocht Reimann auf klare Ansagen - und eine nur schrittweise Rentenangleichung. Dass diese im Jahr nach Auslaufen des Solidarpakts, also 2020, bereits voll gelingt, zweifelt der oberste Vertreter der Rentenversicherung unverhohlen an. In ihrem Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD vorgegeben, dass zum Ende des Solidarpakts die vollständige Angleichung der Rentenwerte erfolgt. Reimann meint, dies könne auch so zu verstehen sein, dass bis dahin erst einmal der Weg beschrieben wird. Mitte 2016 will die Koalition die Sache genauer prüfen. "Es bedarf", meint Reimann, "sicherlich der politischen Konkretisierung."